



40. Sitzung, Montag, 6. Februar 2012, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 00000
- Gesuch um persönliche Vertretung einer Volksinitiative im Rat Seite 00000

2. Unbefriedigendes Immobilien-Management beim Kanton Zürich

Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Martin Geilinger (Grüne, Winterthur) und Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt) vom 30. Januar 2012

KR-Nr. **38/2012**, Antrag auf Dringlicherklärung Seite 00000

3. Mehr Schutz vor Fluglärm / ZFI einhalten

Postulat von Marcel Burlet (SP, Regensdorf), Regula Kaeser (Grüne, Kloten) und Mitunterzeichnende vom 30. Januar 2012

KR-Nr. **39/2012**, Antrag auf Dringlicherklärung Seite 00000

4. Wahl eines Mitglieds des Obergerichts (100%)

für den zurückgetretenen Hans Schmid
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. **34/2012** Seite 00000

5. Wahl eines Mitglieds der Justizkommission

für den aus der Kommission ausgetretenen Claudio Schmid

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. **35/2012** Seite 00000

- 6. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission
Bildung und Gesundheit**
für die aus der Kommission ausgetretene Edith
Häusler
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)
KR-Nr. **36/2012** Seite 00000
- 7. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Planung
und Bau**
für die aus der Kommission ausgetretene Sabine
Sieber Hirschi
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)
KR-Nr. **37/2012** Seite 00000
- 8. Knapp, attraktiv, vollständig: für eine verbesserte
Information der Öffentlichkeit über die Arbeit des
Kantonsrates**
Postulat von Markus Späth (SP, Feuerthalen), Esther
Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) und Thomas
Vogel (FDP, Illnau-Effretikon) vom 13. Dezember
2010
KR-Nr. **371/2010**, Entgegennahme, Diskussion..... Seite 00000
- 9. Einführung eines kantonalen Jugendparlaments**
Motion von Andreas Wolf (Grüne, Dietikon), Claudia
Gambacciani (Grüne, Zürich) und Regula Kaeser
(Grüne, Kloten) vom 7. März 2011
KR-Nr. **69/2011**, Entgegennahme, Diskussion..... Seite 00000
- 10. Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei
Lehrpersonen an der Volksschule**
Antrag der Redaktionskommission vom 8. Dezember
2011 **4774b** Seite 00000
- 11. Beschluss des Kantonsrates über die kantonale
Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab
der 4. Klasse!»**
Antrag des Regierungsrates vom 6. April 2011 und
geänderter Antrag der KBIK vom 10. Januar 2012
4792a Seite 00000

Absolut unverständlich ist zudem, dass das UVEK eine Plangenehmigung gefällt hat, ohne vorgängig zumindest die vom Bundesparlament angeordneten Einspracheverhandlungen durchgeführt zu haben. Für zahlreiche Einsprecher stellt dieses willkürliche Vorgehen einen missbräuchlichen Akt der Gehörsverweigerung ...*(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ratspräsident Jürg Trachsel: Bekanntlich beträgt die Redezeit für persönliche Erklärungen zwei Minuten.

11. Beschluss des Kantonsrates über die kantonale Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!»

Antrag des Regierungsrates vom 6. April 2011 und geänderter Antrag der KBIK vom 10. Januar 2012 **4792a**

Ratspräsident Jürg Trachsel: Eintreten auf Volksinitiativen ist obligatorisch. Zuerst führen wir die Grundsatzdebatte und danach stimmen wir über den Minderheitsantrag von Sabine Wettstein ab. Zudem haben wir am 23. Januar 2012 beschlossen, dass eine Vertreterin des Initiativkomitees an den Verhandlungen teilnehmen und ihre Volksinitiative begründen kann. Ich begrüsse zu diesem Geschäft Frau Clarita Kunz.

Grundsatzdebatte

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die am 14. Juli 2010 eingereichte Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» bringt eine Forderung aufs Tapet, die für Eltern prima vista sicher ein nicht zu unterschätzendes Sympathiepotenzial enthält. Es werden Freiheitswerte berührt, und immerhin geht es um die Wahlmöglichkeit bei der Bildung für ihre Kinder. Dabei sind sich im Grundsatz sicher alle einig: Für unsere Kinder nur das Beste! Damit ist die Einigkeit allerdings dann auch schnell zu Ende, wie die breite öffentliche Diskussion zur freien Schulwahl in den vergangenen Jahren zeigte, eine Debatte, die übrigens parteipolitisch bislang vergleichsweise ungebunden stattfand und wohl auch heute so stattfinden dürfte.

wird. Es gibt im Kanton keine andere Institution, die wie die Volksschule Menschen aus allen sozialen und kulturellen Schichten unserer Gesellschaft integriert. Diese Integration in Kindergarten und Primarschule dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Gegen die freie Schulwahl ab der Oberstufe haben wir nichts einzuwenden. Und die Amtsalteren unter Ihnen wissen, dass ich mich an vorderster Front für den Bildungsgutschein eingesetzt habe. Das wäre eine faire und ausgewogene Lösung für die von den Initianten angeführten Probleme. Aber schon Mittelstufenschülerinnen und -schüler aus ihrem gewohnten Umfeld zu reissen und damit zu entwurzeln, das geht mir zu weit. Stellen Sie sich vor, zehnjährige Kinder, die viel zu früh aufstehen müssen, um sie dann mit PW und öffentlichen Verkehrsmitteln an ihren auswärtigen Schulort zu karren. Diese Kinder tun mir leid und – im Klammern gesagt – auch ein wenig die Umwelt, die zusätzlich belastet wird.

Stimmen Sie also bitte mit der in dieser Frage geschlossenen EDU-Fraktion für die Ausarbeitung eines durchdachten Gegenvorschlags. Ich danke Ihnen.

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich): Wie gesagt, die ganz, ganz grosse Mehrheit der SVP-Fraktion ist aus guten Gründen gegen diese Initiative, und ich will auf das Ende der Debatte hin die aus meiner Sicht drei wichtigsten Gründe gegen die Initiative noch einmal ins Feld führen:

Erstens geht es bei der Volksschule um eine öffentliche Aufgabe. Es geht um die Bildung einer Gemeinschaft von Menschen mit unterschiedlichsten sozialen, bildungsmässigen Hintergründen, die hernach ganz unterschiedliche Wege in der Gesellschaft gehen. Das ist eine öffentliche Aufgabe, es besteht daran ein öffentliches Interesse. Es geht nicht nur um das Wahlrecht und das Wohl der Kinder, sondern es ist ein Interesse des Staates, eine Gemeinschaft zu bilden, die hernach das Fundament für unser Milizsystem bilden kann.

Zweiter Punkt: Es stört mich persönlich beim Vorgehen der Initiantinnen und Initianten, dass sie ihren Tatendrang in diese Initiative und nicht in eine Verbesserung der Volksschule investieren. Engagieren Sie sich mit mir für eine Verbesserung, und ich sage Ihnen ganz konkret, für welche Anliegen wir uns heute noch einsetzen können: für mehr Autonomie und Verantwortung der Lehrpersonen, für eine Trennung der Klassen nach Leistung und für ein Ende der Gleichma-

cherei in der Volksschule, für weniger Verwaltung in der Volksschule und einen Abbau des Berichtswesens, für attraktive Anstellungsbedingungen und – last but not least – für eine kompromisslose Durchsetzung der Integrationsziele auch mit Bezug auf Personen mit Migrationshintergrund.

Dritter Punkt: Wenn wir hier schon das wettbewerbstheoretische Vokabular einführen und von einer freiheitlichen Regelung sprechen wollen, dann sollten die betreffenden Personen auch den ganzen Weg gehen und für eine völlige Liberalisierung der Schule eintreten. Dann soll sich der Staat aus der Schulbildung zurückziehen. Es gibt dann aber auch keine Finanzierung der privaten Schulen. Ich sage Ihnen aber, nur aus ordnungspolitischer und wettbewerbstheoretischer Sicht ist es ein Unsinn, wenn der Staat ein Angebot zur Verfügung stellt, auf welchem die Personen, die wählen können, die Eltern, einen ruinösen Wettbewerb in Gang setzen. Das macht keinen Sinn. Das macht dort Sinn, wo Produkte unterschiedlich sind, wo Angebote unterschiedlich sind. Zum Beispiel gibt es ein DRS 2 und jetzt ein DRS 3. Hingegen macht es keinen Sinn, dass ein Teil der Volksschule den andern Teil der Volksschule kannibalisiert. Dafür gibt es wettbewerbstheoretisch und ordnungspolitisch keine Gründe. Darum Nein zur freien Volksschul-Wahl.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Also ich telefoniere immer noch zu teuer. Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich habe einen zweijährigen Sohn und eine zwölfjährige Tochter.

Die Schule meiner zwölfjährigen Tochter ist hervorragend. Und sie ist hervorragend aufgrund der hervorragenden Lehrer, der hervorragenden Schulleiter und vor allem auch des hervorragenden Mitarbeitens der Eltern. Und ich glaube, daran liegt es. Es ist nicht damit getan, dass die Eltern ihre Kinder in eine andere Schule fahren, weil ihnen die Schule nicht passt, sondern sie müssen sich dort einsetzen, wo Handlungsbedarf herrscht. Und es herrscht Handlungsbedarf, vor allem in Bezug auf die Bildungsdirektion (*Heiterkeit*), die sehr, sehr viel Bürokratie aufgebaut hat und die die Lehrer nicht mehr unbedingt das tun lässt, was sie tun sollten, nämlich unsere Schüler unterrichten, sondern die das Ganze, wie gesagt, bürokratisieren. Und da können wir uns als Eltern einsetzen und da sollen wir uns als Eltern einsetzen, aber nicht den einfachsten Weg gehen und einfach unsere Kinder in